

444821

Bürgerversammlung des 23. Stadtbezirks am 30. 06. 2022

Persönliche Angaben (bitte Druckbuchstaben)

Anrede Fr

Vorname _____

Nachname _____

Straße _____

Hausnummer _____

Postleitzahl 80333

Ort M.

Stadtbezirk AU

E-Mail-Adresse _____

Anfrage (keine Abstimmung; Sie erhalten eine Antwort von den anwesenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landeshauptstadt München während der Bürgerversammlung oder, falls nicht möglich, eine Antwort des Oberbürgermeisters / der Verwaltung)	<input type="checkbox"/>
Antrag (Abstimmung am Ende der Bürgerversammlung; bei Zustimmung Prüfung durch die Stadtverwaltung und Behandlung im Stadtrat / Bezirksausschuss)	<input checked="" type="checkbox"/>
Betreff (bitte nur 1-Thema pro Wortmeldebogen und den Betreff auf der Rückseite wiederholen)	<u>Vorabwahlen für Plätze an weiterführenden Schulen (LWS)</u>
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk (nicht als juristische Person)?	Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/>
Ich möchte mein Anliegen	selbst vortragen <input checked="" type="checkbox"/> Vortragen lassen <input type="checkbox"/>

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

30.06.22
Datum

Wenn Sie einen Anhang zu Ihrem Antrag / Ihrer Anfrage mitgebracht haben, fügen Sie diesen bitte bei.

Bürgerversammlung des . Stadtbezirkes am

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit "ich stimme zu" oder "ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

siehe Anhang : Anpassung der Verkehrsfahrten von
Plätzen an unbehinderten Schulen, so dass
Faktoren wie ÖPNV - Anbindung und fehlende
Abdeckung durch andere Schulen berücksichtigt werden

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

Antrag auf der Bürgerversammlung Allach-Untermenzing am 30.06.2022

Antrag:

Wir von der Bürgerinitiative USUS beantragen, dass die Zuteilungsverfahren für Plätze am Louise-Schroeder-Gymnasium und an der Carl-Spitzweg-Realschule überarbeitet werden. Die Kinder in Nordallach sollen priorisiert aufgenommen werden, da für sie keine anderen wohnortnahen weiterführenden Schulen zur Verfügung stehen. Wir beantragen, dass die Aufnahme nicht mehr nach einem Radius um die Schulen erfolgt, sondern dass als weiteres Kriterium berücksichtigt wird, dass es insbesondere für den nördlichen Teil Allach-Untermenzings keine Schulen gibt, die diesen Bereich mit ihrem Einzugsgebiet abdecken. Die dort wohnenden Kinder müssen täglich mindestens 90 min zur Schule und zurück pendeln.

Begründung:

Die bisherige Praxis der Schulplatzvergabe führt dazu, dass Kindern mit gerade mal 10 Jahren lange Wegstrecken durch die Stadt zugemutet werden. Diese räumliche Trennung erschwert es den Kindern sozialen Anschluss zu finden und Freundschaften zu knüpfen. Ein langer Anfahrtsweg zur Schule bedeutet auch weniger Zeit zum Lernen, zur Erholung und zur Freizeitgestaltung. Kurze Schulwege sind ein wichtiger Beitrag zur sozialen Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit.

Angesichts des äußerst starken Zuzugs in unseren Bezirk, werden die wenigen wohnortnahen Schulplätze an weiterführenden Schulen in unserem Stadtteil weiter verknappt. Zudem werden die Gymnasien in Dachau zukünftig keine Münchner SchülerInnen mehr aufnehmen. Deswegen ist es umso wichtiger, dass Kinder aus den Randgebieten nicht an den weiterführenden Schulen des eigenen Bezirks abgewiesen werden. Wir fordern die Stadt auf, zu verhindern, dass Kindern aus Nordallach über das ganze Stadtgebiet verteilt Restplätze zugeteilt werden.

Die bisherige Verfahrensweise, Plätze innerhalb eines Radius um die Schule herum zu vergeben, vereinfacht zwar das Vergabeverfahren, benachteiligt aber Kinder aus den Randgebieten unseres Bezirks. Bis zur Inbetriebnahme des Gymnasiums in Karlsfeld und der Erweiterung der Carl-Spitzweg-Realschule auf fünf Züge, soll die Stadt gemeinsam mit den betroffenen Schulen ein Verfahren zur sozial verträglicheren Aufteilung der verfügbaren Schulplätze auszuarbeiten, welches auch Faktoren wie Anbindung an den ÖPNV und Verfügbarkeit von alternativen Schulplätzen berücksichtigt.

Wir begrüßen es, dass es ab dem nächsten Schuljahr am LSG Vorläufer-Klassen für das Karlsfelder Gymnasium geben wird. Wir freuen uns, dass dieses Jahr, im Gegensatz zu den Jahren davor, keine Kinder aus Nordallach am LSG abgewiesen werden mussten.

